

DEUTSCHE

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, 1.

Offizielles Organ der Zentral-Arbeiten- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Bismarckgasse 12.

Erscheint jede Woche Sonnabends. — Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Verbandsmitglieder!

Wartet die gleichgültig bei Seite stehenden Kollegen auf aus ihrem Schummer und wartet sie darüber auf, was es bedeutet, wenn an Stelle des 12stündigen Maximalarbeitstages die geplante 10- resp. 9stündige Minimalruhezeit tritt, das heißt die 14- resp. 15stündige Arbeitszeit in unserem Berufe gesetzlich sanktioniert wird! Sorgt für Massenbesuch der Protestbesammlungen und werbet unablässig neue Mitglieder für den Verband, damit dieser so erstarke, daß wir uns durch denselben den 10stündigen Arbeitstag erkämpfen können, wenn die ungeheuerlichen Pläne solcher Arbeitszeitverlängerung Wirklichkeit werden!

Daneben ist es eure Pflicht, im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt ungeschminnt die zahllosen Mißstände in euren Arbeits- und Schlafräumen an die Öffentlichkeit zu bringen, damit die Regierungen an ihre Pflicht erinnert werden, gegen die Schmutzereien in den Bäckereibetrieben vorzugehen!

Graf Posadowsky auf dem Armenfüßerbänkchen.

Unsere Kollegen kennen den Sachverhalt, der die sozialdemokratische Fraktion dazu veranlaßt hat, im Reichstage folgende Anfrage einzureichen:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welches von einer Interessengruppe, dem Zentralverbande deutscher Industrieller, die Summe von 12 000 Mk. gefordert und erhalten hat, um damit die Agitation für den vom Bundesrath dem Reichstage am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?“

Diese Anfrage kam am 24. November d. J. zur Verhandlung und bot so viel des Interessanten, daß es sich wohl verlohnt, darüber in Kürze zu berichten und einige Bemerkungen daran zu knüpfen.

Eigenthümlich war es, daß der eigentliche Sünderbuck, der das Geld gefordert und erhalten hat, gar nicht amwesend war. Der Ministerialdirektor Dr. von Woedtke, der als der geistige Vater der verunglückten Zuchthausvorlage gilt und durch seine Unvorsichtigkeit die Regierung in die Patzschritten geritten hat, war vom Erscheinen entbunden und „dienstlich verhindert“, gerade als ob es sich um einen Arbeiterkongreß gehandelt habe. Vielleicht hätte man ihn abkommandirt, um ihm die Plamage zu ersparen, sich im öffentlichen Reichstage von den bösen Sozialdemokraten abrüffeln zu lassen. Wahrscheinlich hat dieser „etwas übereifrige, aber sonst sehr pflichtgetreue Beamte“ die väterlichen Ermahnungen und Warnungen, in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein, bereits in seinem Bureau entgegengenommen und rieb sich nun vergnügt die Hände, weil er sich vor dem Skandal im Reichstage drücken konnte.

An seiner Stelle war sein hoher Vorgesetzter, der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, erschienen; mit bekümmertem Miene saß er am Bundesrathstische, strich sich seinen wohlgepflegten Patriotenbart und harrete der Dinge, die da kommen sollten. Aber, o Wunder, der Sprechminister des früheren Reichskanzlers, der bei jeder Gelegenheit in die Bresche sprang, wenn es galt, den verfahrenen Regierungskarren aus dem Dreck zu ziehen, der beredete Verteidiger der Zuchthausvorlage — heute war er zum Schweigen verurtheilt. Stumm wie ein Fisch that er seinen Mund nicht auf, und als die Streiche hageldicht auf ihn herniederfielen, krümmte er seinen Rücken und schwieg, wie ein Lamm, das zur Schlachtdank geführt wird. Augensteinhellig war über ihn die Mundsperrre verhängt worden, gerade als ob er ein sozialdemokratischer Agitator

gewesen wäre, der in Weimar oder in Sachsen oder in Mecklenburg eine Rede halten will. Und selbst als am Schluß der Diskussion der laute Ruf erkante: „Wo bleibt Posadowsky?“ verharzte er in tiefem Schweigen, was ein unbändiges Gelächter der Reichsboten hervorrief. Ob der Minister Neue empfand über die That seines Untergebenen, ob er sie billigte, wir wissen nichts darüber, denn der sonst so redelustige Graf schwieg wie ein Grab. Nicht einmal verteidigen durfte er sich, was doch sonst jedem Angeklagten gestattet wird — eine gerechte Strafe für sein vieles Reden gegen die Arbeiterorganisationen.

Der stumme Genosse des König Stumm wurde vertreten durch seinen Chef, den Reichskanzler Grafen Bülow, der ein Meister ist in der Kunst, mit schönen Worten die Mißstände des Regierungssystems in einen dichten Nebel zu hüllen. Es war ein schlaues Schachzug seitens der Reichsregierung, den an der Zwölftausendmark-Affäre persönlich unbetheiligten neuen Kanzler vorzuschieben, der in der inneren Politik noch nichts auf dem Kerbholz hat. Graf Bülow löste denn auch seine Aufgabe, die unliebsame Affäre mit dem Mantel der Liebe zu bedecken, ganz geschickt, trug aber weder zur Aufklärung des Sachverhalts, noch zur Erledigung der Angelegenheit das Geringste bei. Die Anfrage selbst ließ er völlig unbeantwortet, ja er erklärte sogar mit Pathos, daß er überhaupt keine Maßregeln gegen die Beamten des Reichsamts des Innern ergreifen werde. So bleibt denn halt alles beim Alten.

Trotz dieses negativen Ergebnisses bot seine Rede dennoch viel des Interessanten. Zunächst beklagte er sich über „die maßlosen Uebertreibungen und Entstellungen der sozialdemokratischen Presse“, die den Schein erwecken wollen, als lebten wir in einem Klassenstaate“. Das sei aber durchaus nicht der Fall, denn, so führte der Redner wörtlich aus:

„Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte, daß der Staat die Interessen der Allgemeinheit wahren muß. Ja, meine Herren, mich kennen Sie doch noch nicht, ich bin dazu doch noch nicht lange genug am Werke, als daß Sie ein abschließendes Urtheil über mich haben könnten. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß auch nicht einmal der Schein erweckt werden darf, als sei die Regierung von bestimmten Gruppen und Klassen abhängig. Ich stehe deshalb auch nicht an, zu erklären, daß ich in dem Wortkommiss einen entschieden Mißgriff erblicke. Wenn ich vorher befragt worden wäre, würde ich entschieden abgerathen haben; und wenn ich von der Absicht gehört hätte, ich würde dieselbe zu inhibiren wissen.“

Ohne an dem guten Willen des neuen Reichskanzlers zweifeln zu wollen, müssen wir ihm doch entgegenhalten, daß sich zahlreiche Belege dafür anführen lassen, daß die deutsche Reichsregierung nicht über den wirtschaftlichen und politischen Interessen gegenläufig steht, sondern bewußt oder unbewußt die Interessen bestimmter kapitalistischer Gruppen vertritt. Der Reichskanzler ist nämlich nicht die Reichsregierung und wenn er auch persönlich vielleicht gerechtigkeitsliebend genug ist, den Grundsatz vertreten zu wollen: „Gleiches Recht für alle!“ so sind die Einflüsse von anderer Seite doch stärker als er. Das wird er noch früher gewahr werden, als es ihm lieb ist. Einstweilen erkennen wir es mit Gemüthung an, daß er in der Bettelei um 12 000 Mark einen Mißgriff erblickt. Wenn er aber zur Entschuldigend der betroffenen Beamten behauptet, daß sie in gutem Glauben gehandelt hätten, so liegt hierin die stärkste Verurtheilung des ganzen Regierungssystems.

die man sich denken kann. Wirft es nicht ein ganz eigenartiges Licht auf die Auffassung der Beamten vom Wesen des Staates, daß sie sich ganz arglos, gewissermaßen instinktiv, an eine Kapitalistengruppe wenden und eine Beifsteuer fordern, um ein gegen die Arbeiter gerichtetes Arbeitsverbot durchzudrücken? Ist es nicht bezeichnend für eine Regierung, die nach den Worten des Reichskanzlers über den wirtschaftlichen und politischen Gesetzmäßigkeiten stehen soll, daß ihre Beamten — wie in diesem Falle so auch in zahlreichen anderen Fällen — ohne Bedenken und Gewissenstrupeln, sozusagen ganz mechanisch auf die Seite des Unternehmertums stellen und sich als Hilfsstruppen des Kapitals fühlen? Nicht aus angeborener Bosheit, sondern „in gutem Glauben“, als müßte es so sein, besorgen heutzutage die Beamten, vom Minister bis zum Gensdarmen, die Geschäfte der besitzenden Klasse und machen den Arbeiterorganisationen das Leben sauer. Beweist diese unbestreitbare Thatsache nicht, daß sie den Staat für eine Domäne des Unternehmertums halten?!

Im ferneren Verlaufe seiner Rede gab der Reichskanzler dann noch das Versprechen, daß in Zukunft derartige Wege nicht wieder beschritten werden sollen und zwar that er dies „im Einverständnis mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, dessen hervorragende Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter nicht hoch genug geschätzt werden kann“. Diese Ehrenerklärung wurde von den Vertretern der bürgerlichen Parteien mit lautem Beifall begrüßt und der Centrumredner sang späterhin noch ein besonderes Loblied auf den Grafen Posadowsky, der „von Herzen arbeitervreundlich gesinnt und von den Unternehmerkreisen vollständig unabhängig“ sei. Nun, wer's glaubt, bekommt einen Thaler — die organisirten Arbeiter glauben trotzdem nicht. Ob dieser Balsam auf seine Wunden dem Staatssekretär, der zum Schweigen verurtheilt war, sonderlich behagt hat, mag dahingestellt bleiben. Eigenthümlich berührte auch der Grund, den der Reichskanzler angab, weshalb er die Wiederholung solcher Vorgänge, wie der Zwölftausendmark-Affäre, in Zukunft verhindern werde: er wolle der Sozialdemokratie nie wieder einen ähnlichen Agitationsstoff zuführen. Darnach scheint es, als werde die Woedtke'sche Bettelei nicht schlechtweg verurtheilt, sondern nur deshalb, weil sie bekannt geworden ist und unblutiges Aufsehen erregt hat.

Aus dem ferneren Verlaufe der Diskussion können wir nur die wichtigsten Punkte herausgreifen. Eingeleitet wurde die Debatte durch den Sozialdemokraten Muer, der in ungemein ruhiger und sachlicher Weise die Anfrage begründete und gerade durch seine Sachlichkeit ungemein wirkte. Er wies nach, daß die berücksichtigten 12 000 Mark nichts anderes seien, als ein Trinkgeld für Handlangerdienste, die der großindustriellen Scharmachtersippe seitens des Reichsamts des Innern geleistet worden sind; in dieser abhängige und unwürdige Stellung sei die Regierung nur deshalb gerathen, weil sie sich mit den Scharmachtern gegen die aufstrebende Arbeiterklasse verbündet habe. „Es ist eine interessante Erscheinung“, so fuhr Muer fort, „daß man sich bei uns, wo das preussische Königthum herrscht, das angeblich alle Zeit ein Königthum der Armen gewesen sein soll (Lachen bei den Sozialdemokraten) an die Großindustriellen wendet,





